



freier Zusammenschluss
von student*innenschaften

PM: Bundesweiter Protest am 17. Juni gegen Kürzungen im Bildungs- und Wissenschaftssystem

Der freie Zusammenschluss von student*innenschaften (fzs) e.V., die Bundesstudierendenvertretung, koordiniert deutschlandweit Aktionen im Rahmen der Kampagne Schlussverkauf Bildung.

Berlin, 15.06.2026

Am 17. Juni protestieren Studierende in mehr als 18 Städten mit anderen Angehörigen des Bildungswesens gegen Kürzungen an Universitäten, Schulen und Hochschulen. Dem gemeinsamen Protest gingen im Juni bereits lokale Demonstrationen gegen die Kürzungsprogramme der jeweiligen Landesregierung in Frankfurt, Göttingen, Hamburg und Hildesheim voraus. Nun folgt vom 15. bis 19. Juni eine bundesweite Aktionswoche, die am Mittwoch in einer städteübergreifenden Protestwelle gipfelt.

Tjark-Hagen Kandulski, Vorstandsmitglied der bundesweiten Studierendenvertretung (fzs e.V.), führt aus: „Das Ziel der Kampagne ist es, am 17. Juni den Widerstand, der sich an den Bildungseinrichtungen der gesamten BRD entzündet, zu bündeln und auch als Einspruch gegen die Kürzungspolitik der Bundesregierung auf die Straßen zu tragen. Wir wollen in der Woche vom 15. bis 19. Juni den Verantwortlichen für die verheerenden Einschränkungen im Bildungs-, Sozial- und Kulturbereich auf Bundes- und Landesebene die Stirn bieten.“

In den letzten 12 Monaten haben Bildungsminister*innen der meisten Landesregierungen Kürzungspläne vorgestellt. Diese Einschnitte verschärfen die prekäre Situation: So hat die Finanzbehörde in Hamburg bereits 2024 einen Investitionsstau von knapp 140 Mrd. € für das gesamte Bundesgebiet ermittelt. Auch die konsumtiven Mittel für die Hochschulen haben bereits in der Vergangenheit nicht ausgereicht: Es mangelt an Personal, der akademische Mittelbau arbeitet in permanenter Unsicherheit auf Kurzzeitverträgen und reduziertem Stellenvolumen.

Wöhlertstraße 19
D-10115 Berlin

t. +49 (0) 30 27874095
f. +49 (0) 30 27874096
m. info@fzs.de

Vorstand

Jo Dietze,
Tabea Herbst,
Tjark-Hagen Kandulski,
Katharina Rummenhölter

Katharina Rummenh  ller, ebenfalls Vorstandsmitglied des fzs, erklärt: „In dieser Situation ist das Ausbleiben der im Koalitionsvertrag der Bundesregierung versprochenen BAföG-Reform der Tropfen, der das Fass zum   berlaufen bringt. Während die durchschnittlichen Kosten für ein WG-Zimmer zu Beginn des Sommersemesters mittlerweile bei 512 Å liegen, beträgt die Wohnkostenpauschale im BAföG derzeit nur 380   . Immer weniger Menschen in Deutschland können sich ein Studium unter diesen Bedingungen leisten. In Konsequenz ist die Zukunft dieser jungen Menschen und des gesamten Bildungssystems in Gefahr. Dagegen protestieren wir als Studierende am 17. Juni an den Hochschulen und rufen alle dazu auf, sich an unserer Aktionswoche zu beteiligen.“

Die Aktionswoche der Kampagne „Schlussverkauf Bildung“ findet dezentral in der Woche vom 15. bis 19. Juni statt und widmet sich jeden Tag einem inhaltlichen Schwerpunkt.

Zum bundesweiten Aktionstag am 17. Juni finden Protestaktionen, Kundgebungen und Demonstrationen unter anderem in folgenden Städten statt: Bamberg, Bremen, Darmstadt, Frankfurt, Fulda, Gießen, Halle, Hannover, Köln, Krefeld, Leipzig, Marburg, Mönchengladbach, Offenbach, Trier, Tübingen, Wiesbaden und Würzburg.

Am 24. Juni geht der Protest weiter, mit einem NRW-weiten Protest gegen das Verhindern der BAföG-Reform, der voraussichtlich von weiteren Ländern im Rahmen der Kampagne „Schlussverkauf Bildung“ aufgegriffen wird.

Rückfragen können gestellt werden an:

Katharina Rummenh  ller, fzs-Vorstand:

+49 15116807671 oder katharina.rummenhoeller@fzs.de

Tjark-Hagen Kandulski, fzs-Vorstand:

+49 170 857 3399 oder tjark.kandulski@fzs.de



freier Zusammenschluss
von student*innenschaften

W  hlertstra   19
D-10115 Berlin

t. +49 (0) 30 27874095

f. +49 (0) 30 27874096

m. info@fzs.de

Vorstand

Jo Dietze,

Tabea Herbst,

Tjark-Hagen Kandulski,

Katharina Rummenh  ller